Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang · Donnerstag, 6. Januar 1921 · Nummer 8 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. extra pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M. Fernsprecher: Zentrum 2036, 2045, 4518, 4803, 4835, 4840, 4921

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Flensburger Vorgänge

Erklärung der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".)

Flensburg, 6. Januar.

Gestern abend hat eine Funktionärversammlung der Flensburger Arbeiterschaft stattgefunden, die von 400 Delegierten besucht war und sich mit den blutigen Vorgängen in Flensburg beschäftigte. Mit sämtlichen gegen neun Stimmen wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Vorgänge am Abend des 4. Januar nach der Beerdigung Hoffmanns zwingen uns zu folgender Erklärung:

Zu dem Fall Hoffmann ist unsere Stellung bekannt. Wir haben die Vorgänge auf das schärfste verurteilt, und werden nicht ruhen, bis die Schuldigen ihrer gerechten Strafe entgegengeführt worden sind. Wie schon in dem Flugblatt vom 5. Januar zum Ausdruck gekommen ist, lehnen wir jegliche Verantwortung für das geflossene Blut ab. Diese haben die verantwortlichen Drahtzieher und Hetzer zu tragen. Es läßt sich der Eindruck nicht verwischen, daß die verschiedenen Vorkommnisse systematisch vorbereitet worden sind. Daraus entspringen für uns nachstehende Folgerungen:

1. Angesichts dieser Tatsachen gibt es für uns kein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten mehr.

2. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß angesichts des Angriffs auf die Kaserne einer aus unverantwortlichen Elementen bestehenden Menge das Verhalten der angegriffenen und bis aufs Blut gereizten Polizeibeamten verständlich und gerechtfertigt erscheinen läßt.

Wir fordern die Arbeiterschaft auf, wie heute, so auch weiterhin ruhig Blut zu bewahren und nichts zu unternehmen, was nicht von den unterzeichneten Organisationen beschlossen worden ist.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.
Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei.
Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie.

•

Angesichts dieser Erklärung wollen wir zunächst die Darstellungen des „Vorwärts" und der „Roten Fahne" wiedergeben. Der „Vorwärts" schreibt:

Anläßlich der Beerdigung des von der Schutzpolizei erschossenen Kommunisten Erich Hoffmann ist es am Dienstag abend, gegen 10 Uhr, in Flensburg zu einer Demonstration gekommen, bei der, wie bisher bekannt, neun Tote und 22 Verwundete zu beklagen sind. Sämtliche Ausschreitungen sind lediglich auf das Konto der Kommunistenführer zu setzen, die sich in einer gemeinsamen Vertrauensmännerversammlung mit unserer Partei verpflichtet haben, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, aber später die Menge zu einem sinnlosen Sturm auf die Kaserne aufputschten. Wir geben im folgenden die amtliche Darstellung der Vorgänge durch das Oberpräsidium. Dabei bemerken wir, daß die Darstellung vollkommen übereinstimmt mit der Auffassung sämtlicher parteigenössischer Augenzeugen.

Am 4. Januar 1921 haben bei der Beerdigung des am 29. Dezember anläßlich seiner Festnahme erschossenen Monteurs Hoffmann in Flensburg die Kommunisten, darunter aus Hamburg herbeigeeilte Führer, am Grabe aufhetzende Reden gehalten, durch welche die Menge aufgefordert wurde, gegen die Schutzpolizei vorzugehen. Flugblätter des gleichen Inhalts sind unter die Teilnehmer an der Beerdigung verbreitet worden. Von rund 7000 Teilnehmern hat indessen der größte Teil sich nicht verhetzen lassen, sondern ist nach der Beerdigung nach Hause gegangen. Nur etwa 300—400 Personen sind in gemeinsamen Trupps vor die Kaserne der Schutzpolizei gezogen und haben vor dieser unter Absingung revolutionärer Lieder auf Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg demonstriert. Nachdem die Menge drei Stunden die Polizei auf diese Art in der Kaserne belagert hatte, wobei ein Versuch, das Tor zu stürmen, durch Spritzen mit einem Hydranten verhindert worden war, zogen die Demonstranten ab und hielten zwei Versammlungen ab. Beider Lokale haben sie sich gegen den Willen der Saalbesitzer mit Gewalt bemächtigt. Hier wurden von führenden Kommunisten erneut Reden gehalten und die Menge aufgefordert, die Schutzpolizeikaserne zu stürmen. „Es müsse noch Blut fließen." **Etwa 200—300 Demonstranten zogen nunmehr, gegen ½12 Uhr abends, erneut vor die Kaserne.** Diesen schloß sich eine große Menge Neugieriger an, um von weitem die Vorgänge zu beobachten. Die draußen postierten Beamten der Schutzpolizei wurden nunmehr in die Kaserne zurückgezogen. Die Demonstranten drückten das Straßentor ein und stürmten auf das innere Kasernentor. Daraufhin rückte die Schutzpolizei nach Abgabe von Schreckschüssen wieder bis zum Straßentor vor und verschloß dieses. Erneut stürmte die Menge gegen das Straßentor an, wobei aus ihrer Mitte eine Reihe von Schüssen fiel. Darauf rückte die Schutzpolizei wieder vor, um die Kaserne zu verteidigen. Einige über die Köpfe abgegebene Salven hatten keine genügend abschreckende Wirkung, so daß die Schutzpolizei gegen die angreifende Menge nunmehr scharf feuerte. Darauf stob die Menge auseinander. Es ist bei dem Vorgehen der Schutzpolizei auf ihrer Seite ein Beamter verwundet worden; die Demonstranten haben 9 Tote und 22 Verwundete zu verzeichnen. Ferner sind etwa 40 Personen aus der Reihe der Demonstranten verhaftet worden. Bei einer großen Zahl der Verhafteten sind Pistolen vorgefunden worden. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Führer der Kommunisten in Flensburg.

Zurzeit herrscht in Flensburg Ruhe. Die Sozialdemokratische Partei hat noch in der Nacht ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie energisch von den Demonstranten abrückt, die Bestrafung der Aufwiegler fordert und an die Arbeiter die Aufforderung richtet, heute früh in die Betriebe zu gehen. Dieser Aufforderung haben die Arbeiter restlos entsprochen. Sämtliche Betriebe sind in Flensburg in vollem Gange. Die Polizei ist soweit verstärkt, daß zu Befürchtungen weiterer Unruhen kein Anlaß vorliegt.

Die „Rote Fahne" schreibt dagegen:

„Hier eine Darstellung der wirklichen Vorgänge, die uns von zuverlässigster Seite zugeht und die amtliche Darstellung der Flensburger Bluttat als eine schamlose Fälschung enthüllt. An der Beerdigung des Genossen Hoffmann beteiligten sich nicht 7000, sondern 15 000 Personen. Die sich an die Beerdigung anschließende Versammlung am Sildmarkt beschloß, am Abend eine große Demonstrationsversammlung vor der Mordkaserne zu veranstalten. An der Versammlung beteiligten sich nicht 300 bis 400, sondern 6000 bis 7000 Personen. Die Genossen von der K. P. D. sorgten für ruhiges Abrücken der Demonstranten, als plötzlich die Schutzpolizei aus Querstraßen hervorbrach und auf die abrückende Menge scharf feuerte. 10 Tote und 30 Verwundete, Frauen und Kinder, von denen inzwischen verschiedene gestorben sind, blieben auf dem Platze. Das Gewerkschaftshaus wurde durch die Sipo besetzt, die inzwischen aus Kiel auf 1000 Mann verstärkt worden ist. Das Gewerkschaftskartell erklärte darauf den Demonstrationsstreik für einen wilden Streik, mit dem es nichts zu tun habe. — Die erbärmliche Haltung der Gewerkschaftsbureaukraten und Rechtssozialisten steht der Bluttat der grünen Noskiden ebenbürtig zur Seite."

Diese Darstellung entspricht, wie aus Kiel mitgeteilt wird, keineswegs den Tatsachen. Die Zusammenstöße ereigneten sich vor der Kaserne, die tatsächlich zu stürmen versucht wurde. Der Vorsitzende unserer Partei hatte kurz vor der Schießerei unsere Parteigenossen zum Verlassen des Platzes aufgefordert.

Danach muß gesagt werden, daß die Kommunisten unverantwortlich gehandelt haben, indem sie die Massen zu einem Sturm auf die Kaserne oder, wie die „Rote Fahne" selbst zugibt, zu einer nächtlichen Demonstration, entgegen den getroffenen Vereinbarungen, aufforderten. Sie haben damit wieder einmal die zugesagte Solidarität und Disziplin gebrochen und durch ihre sinnlose Putschtaktik schwere Blutopfer nutzlos der Arbeiterschaft auferlegt. Sie haben aber damit auch politisch wahnwitzig gehandelt. Denn sie haben die Aufmerksamkeit von der scheußlichen Untat der Erschießung Hoffmanns abgelenkt und so das Spiel der Reaktionär leichtert.

Trotz alledem bleibt es furchtbar, daß den Salven der Polizei neun Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Auch nach der amtlichen Darstellung handelte es sich nur um 300 bis 400 Demonstranten, die fast alle unbewaffnet waren. Die Polizisten waren in geschützter Stellung. Da hätte es möglich sein müssen, mit den Demonstranten auch bei dem zweiten Angriff ohne das verhängnisvolle Scharfschießen aus unmittelbarer Nähe fertig zu werden, wie man ja bei dem ersten Angriff ohne Schießen fertig wurde. Es wird fürchterlich leicht geschossen, und Arbeiterleben sind nur allzu billig.

Ueberhaupt ist es ein Unglück, daß der ganze Geist und das System der Sipo durchaus militaristisch geblieben ist. In der heutigen Polizei herrscht die durchaus militärische Auffassung, daß bei Zusammenstößen ganz ähnlich vorgegangen werden könnte, als ob es sich um Gefechte mit dem Feind handelt. Deshalb schießt die Flinte so außerordentlich leicht, deshalb wird es nachgerade als selbstverständlich betrachtet, daß eine ganz unverhältnismäßige Zahl von Toten auf dem „Schlachtfeld" liegen bleibt. Es ist dringend nötig, daß mit diesem System endlich aufgeräumt wird, und es ist wieder eine schlimme Wirkung der kommunistischen Verantwortungslosigkeit, daß der Arbeiterschaft auch dabei der Kampf erschwert wird.

Ein Moskauer „Sieg". Der luxemburgische sozialdemokratische Parteitag hat mit 97 gegen 21 Stimmen den bedingungsweisen Anschluß an die Dritte Internationale angenommen. Die Extremisten, die mit 21 Stimmen den bedingungslosen Anschluß beantragt hatten, traten aus der Partei aus und bildeten eine neue kommunistische Gruppe. Klara Zetkin erschien auf dem Parteitag und trat für den bedingungslosen Anschluß ein. Sie macht sich besonders verdient um die Ausbreitung der Moskauer Spaltungstendenzen.

Keine Strafverfolgung des ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten. Nach einer Meldung aus Brüssel hat die Kammerkommission, die den Fall des ehemaligen Ministerpräsidenten de Broqueville prüfte, ob er im Falle Coppes gegen die Interessen des Staates handelte und empfohlen habe, zugunsten des Feindes während des Krieges Lieferungen zu machen, gestern eine Entscheidung getroffen. Sie hat es abgelehnt, Strafverfolgung wegen Hochverrats gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten einzuleiten.

Staatsbudget, Zahlungsbilanz und Wechselkurs

Eine Betrachtung über das Räderwerk der kapitalistischen Volkswirtschaft

Von Prof. Emil Lederer, Heidelberg.

In allen englischen Zeitungen lesen wir lange Artikel darüber, daß die Wirtschaft in der Welt nicht in Ordnung kommen kann, bevor nicht die Defizite aus den Staatsfinanzen verschwinden. Und auch in Amerika vertreten einflußreiche Geschäftsleute den Standpunkt, man dürfe in Europa überhaupt kein Geld mehr anlegen, solange die Staatswirtschaft der europäischen Nationen in so hohem Grade passiv sei. Welches Interesse haben die Ausländer daran, das unser Budget in Ordnung kömmt? Sind sie doch — sollte man meinen — um so stärker, je schwächer wir werden? Daß die kapitalistischen Auslandsmächte für unsere wirtschaftliche Gesundung besorgt zu sein beginnen, ist ein Anzeichen dafür, daß ihre Interessen mit den unsern verflochten sind. In welcher Weise ist das der Fall?

Alle großen Staaten sind an einer baldigen Belebung des Welthandels interessiert, um so mehr, als die schleichende Krise die unverkäuflichen Warenlager in erschreckender Weise anschwellen läßt. Sie könnten sich ja — und Amerika scheint das zu wollen — zeitweise eine Erleichterung verschaffen, indem sie Waren ausführen und den Kaufpreis borgen. Solange diese Forderungen in kaufmännischem Sinne gut, d. h. sicher sind, ist der Industrielle zufrieden. Auch wenn er kein Geld erhält, so schließt doch seine Bilanz günstig ab. Aber er weiß auch sehr genau, daß er nicht auf die Dauer borgen darf. Er würde sich selbst betrügen, da die Rückstände bald anschwellen würden und er nicht hoffen könnte, jemals wirklich die volle Bezahlung zu erhalten.

Der Handel des einen Landes mit dem anderen ist aber nur die Summierung einer Unzahl privater Geschäftsbeziehungen und wird sich daher nur entwickeln können, wenn der Abnehmer wirklich bezahlt. Und bezahlen kann nur, — das ist im internationalen Handel genau so wie im Verkehr innerhalb des Wirtschaftsgebietes — wer verdient, d. h. Waren verkauft; Rohstoffe, Arbeitskräfte, Maschinen usw. schließlich nur mit dem bezahlen kann, was er produziert, bzw. produzieren läßt, so kann auch eine Volkswirtschaft von der anderen nur kaufen, wenn sie mit Waren bezahlt, d. h. also, wenn sie produziert und die Produkte ausführt.

Im gewöhnlichen Verlauf des internationalen Geschäftsverkehrs wird sich der einzelne Fabrikant oder Kaufmann nicht darum zu kümmern brauchen, wie groß die Ausfuhr des Landes ist, in welches er seine Waren verkauft. Er wird sich im allgemeinen darauf verlassen können, daß jedes Land im großen ganzen soviel erzeugt als es verbraucht und daher seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Denn die kapitalistische Wirtschaftsordnung sorgt ja im großen ganzen und auf die Dauer dafür, daß kein Kaufmann, kein Industrieller mehr Kredit findet als er verdient, also mehr Produkte beziehen kann, als er zu bezahlen vermag. Täuschungen mögen vorkommen, betrügerische Bankrotte (wobei also Kapitalisten auf Kosten der Allgemeinheit leben) sind keine Seltenheit, aber im ganzen sind alle Menschen durch ihr eignes Interesse darauf angewiesen, das Gleichgewicht in ihrem privaten Haushalt herzustellen. Da nun die Bilanz der Volkswirtschaft nur die Summierung der Bilanzen aller Privatwirtschaften ist, so sorgt das gleichmäßige Interesse aller Kapitalisten durch die ganze Welt hindurch dafür, daß sich der internationale Verkehr trotz der Verschiedenheiten der Währung der Produktionsergiebigkeit, der Rechtsordnungen usw., kurz trotz aller Trennung des Wirtschaftsgebietes, doch relativ glatt und gefahrlos abwickelt.

Aber diese Erwägung ist an einem Punkt unvollständig. Die Volkswirtschaft besteht nicht nur aus der Summierung der Einzelwirtschaften, sondern wir müssen auch noch die Wirtschaft des Staates betrachten. Diese kann mit einem Defizit abschließen. Sie hat auch in allen Militärstaaten vor dem Kriege mit einem schleichenden Defizit zu kämpfen gehabt. Daß dieses trotzdem sich nach außen wenig bemerkbar machte lag daran, daß der Staat meist imstande war, das Defizit durch Anleihen im Inlande oder im Auslande zu decken. Dabei haben also die eignen oder fremden Staatsbürger Ersparnisse, die sie auch hätten gebrauchen können, dem Staate geliehen, in der — wie sich jetzt zeigt — trügerischen Hoffnung, einmal denselben Wert zurückzuerhalten. Das staatliche Defizit war schon damals ein Anzeichen dafür, daß in der Volkswirtschaft mehr verbraucht als produziert wurde, aber es fanden sich immer Leute, welche dieses Mißverhältnis durch Hingabe von Ersparnissen ausglichen. Die Zeichner russischer, österreichischer, deutscher, aber auch französischer und selbst englischer Anleihen sehen jetzt nur zu deutlich, welcher Täuschung sie unterlegen.

Diese Erfahrung ist den kapitalistischen Schichten in die Glieder gefahren. Wenn heute Staaten mit Defizit wirtschaften, so ist das ein Zeichen dafür, daß im Innern mehr verbraucht als erzeugt wird. Sie können daher ihre Einfuhren nicht mit Waren bezahlen. Soll man ihnen kreditieren? Woher werden sie denn später bezahlen? Freilich, es wäre ungerecht, heute schon von den Staaten, welche durch einen schweren vierjährigen Krieg hindurchgegangen sind, die

sofortige Begleichung all ihrer Verbindlichkeiten aus Einfuhren zu verlangen, aber sie müssen Garantien dafür geben, daß sie es wenigstens in Zukunft werden tun können. Das wird aber nur der Fall sein, wenn sie ihre Volkswirtschaft rasch und zweckmäßig selbst wieder aufbauen. Dann ist auch die Möglichkeit vorhanden, daß sich die Valuta bessert und daß das liefernde Ausland nicht nur am Verkauf der Produkte, sondern auch noch an der Valutabewegung profitiert.

Eine solche günstige Entwicklung ist aber unmöglich, wenn die fremde Volkswirtschaft schlecht wirtschaftet, also mehr verbraucht als sie erzeugt. Allerdings — sie muß das jetzt tun. Dann soll sie wenigstens nur produktiv verbrauchen, also Anlagen schaffen, welche die Produktion in Zukunft steigern werden. Das Defizit im Staatshaushalt aber ist ein Zeichen dafür, daß sie unproduktiv verbraucht. Zwar darf man auch da nicht oberflächlich urteilen: die großen Defizite der Eisenbahnen z. B. sind zum großen Teile den Reparaturen und Anschaffungskosten geschuldet, welche die Leistungsfähigkeit des ganzen Betriebes wieder herstellen und steigern sollen. Die Arbeitslosen-Unterstützungen, deren Betrag meist sehr übertrieben wird, verhüten gefährliche soziale Ausbrüche und sind daher als Versicherungsprämie auch der ausländischen Kapitalisten und ihrer Guthaben bei uns zu betrachten. Hingegen die Ausgaben für die Verwaltung und für die Armee sind unproduktiv, ihnen entspricht weder jetzt noch späterhin eine Steigerung der Erzeugung und insoweit diese Ausgaben nicht aus Ersparnissen der Bevölkerung bestritten werden können, vermindern sie die Zahlungsfähigkeit jedes Staatsbürgers und also auch der ganzen Volkswirtschaft.

Heute finden sich weder im Inlande noch im Auslande gutgläubige Kapitalisten, welche wie ehedem ihre Ersparnisse in gutem Gelde an Staaten borgen, damit diese dafür Maschinengewehre und Panzerkreuzer kaufen können, späterhin damit einen Krieg führen und ihre Währung ruinieren und die Schulden in einem Bruchteil des ehemals dargeliehenen Wertes zurückzahlen. So erklärt sich der Ruf aller Industriellen und Kaufleute: Weg mit dem Defizit im Staatshaushalt, man muß sparen, um die Maschine des Warenumsatzes in Gang zu erhalten.

So bekommt die Forderung nach der Entwaffnung einen neuen und volkswirtschaftlich vernünftigen Sinn und die sozialistische Politik auf Einschränkung der Rüstungen und Abbau der Militärbudgets erweist sich nicht nur als politisch, sondern auch als volkswirtschaftlich richtig und notwendig. Denn nicht nur das Arbeiten ist imstande, die deutsche Valuta zu heben, sondern das Sparen am richtigen Ort ist ebenso notwendig.

Jede Million weniger für die Reichswehr und die Staatsverwaltung bedeutet eine Hebung des Vertrauens, bedeutet ausländische Kredite und damit Hebung des Wechselkurses und Abbau der Preise. Es ist eben nicht nur wichtig daß, sondern auch woran gespart wird. Aber die Führer der kapitalistischen Volkswirtschaft scheinen die Mechanik ihrer eignen Maschine nicht genau genug zu kennen, und das Volk muß die Zeche bezahlen.

Die Eisenbahnerbewegung

Keine abschließende Verständigung

Fast die gesamte Presse sieht in dem Ergebnis der Verhandlungen mit den Eisenbahnern eine Verständigung. Sofern diese Auslegung nicht in der bewußten Absicht, die Oeffentlichkeit zu täuschen, geschieht, beruht sie zum mindesten auf einer außerordentlich flüchtigen Beurteilung der Dinge, bei der nur auffallend ist, daß sie gleichzeitig bei sämtlichen Redaktionen aller Blätter in Erscheinung tritt. Dabei dürfte wohl kaum zu übersehen sein, daß schon der Schlußsatz der auch von uns wiedergegebenen offiziellen Meldung die Staffelung und die Höhe der Zulagen ausdrücklich als einen Einigungsvorschlag bezeichnet, den der Staatssekretär Stieler dem Reichsverkehrsminister zur Vertretung in der Reichsregierung empfehlen wird. Es wird weiter gemeldet, daß die Abmachung erst nach der Rückkehr des Reichsfinanzministers Wirth aus Freiburg bindende Kraft erhalten könne. Er — und mit ihm die Reichsregierung — hat also zunächst das Wort, und nach deren Votum werden die Eisenbahner selbst gefragt werden müssen. Nachdem die Eisenbahner-Gewerkschaften Urabstimmungen über die Frage des Streiks vorgenommen haben, erscheint es uns ganz unmöglich, daß sie den Eisenbahnern zumuten können, ein Verhandlungsergebnis bedingungslos zu schlucken.

Dem Urteil der organisierten Eisenbahner wollen wir gewiß nicht vorgreifen, aber es erscheint uns doch einigermaßen zweifelhaft, ob sie in den vorgeschlagenen Aufbesserungen ein epochemachende Errungenschaft sehen werden. Die Zulagen sind sowohl für die Beamten wie für die Arbeiter nicht sehr erheblich und sie bleiben vor allem sehr weit zurück hinter den Forderungen der Eisenbahner, die sich durchaus im Rahmen des Bestrebens hielten, endlich das Existenzminimum zu erreichen. So ist die Zulage von 10 Pfg. pro Stunde für die Arbeiter unter Ortsklasse E beim heutigen Geldwert einfach lächerlich. Auch die anderen in Aussicht genommenen Lohnerhöhungen erreichen nach unserer Schätzung nicht das Maß dessen, was angesichts der bestehenden, sehr niedrigen Löhne und Gehälter geboten erscheint. Die Bewegung der Eisenbahner kann somit nicht als durch das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen abgeschlossen gelten.

•

Folgende Zuschrift der Ortsgruppe Groß-Berlin des Deutschen Eisenbahner-Verbandes gibt an einigen Beispielen eine Uebersicht über die Gestaltung der Lohnverhältnisse nach dem Einigungsvorschlag und bestätigt unsere Auffassung, daß die Zugeständnisse ungenügend sind, vollkommen. Der Vorstand der Ortsgruppe schreibt:

Die Gehälter der unteren Beamten betragen

in der Gruppe 1, Ortsklasse A der Besoldungsordnung

Anfangsgehalt: M. 4000.—, Ortszuschlag M. 2000.— = M. 6000.—. Höchstgehalt: M. 6000.—, Ortszuschlag M. 3000.— = M. 9000.—. Bisheriger Zuschlag 50 Proz., jetzt 70 Proz., eine Aufbesserung beim Anfangsgehalt von jährlich M. 1200.—, beim Höchstgehalt M. 1800.—.

Gruppe 1, Ortsklasse D.

Anfangsgehalt: M. 4000.—, Ortszuschlag M. 1200.— = M. 5200.—. Höchstgehalt: M. 6000.—, Ortszuschlag M. 1780.— = M. 7760.—. Bisheriger Zuschlag 50 Proz., jetzt 55 Proz., demnach eine Aufbesserung beim Anfangsgehalt von Mark 260.—, beim Höchstgehalt M. 388.—.

Gruppe 4, Ortsklasse A.

Anfangsgehalt: M. 5000.—, Ortszuschlag M. 2500.— = M. 7500.—. Höchstgehalt: M. 7500.—, Ortszuschlag M. 3500.— = M. 11 000.—. Bisheriger Zuschlag 50 Proz., jetzt 70 Proz., demnach eine Aufbesserung beim Anfangsgehalt von jährlich M. 1500.—, beim Höchstgehalt M. 2200.—.

Gruppe 4, Ortsklasse D.

Anfangsgehalt: M. 5000.—, Ortszuschlag M. 1450.— = M. 6450.—. Höchstgehalt: M. 7500.—, Ortszuschlag M. 1950.— = M. 9450.—. Bisheriger Zuschlag 50 Proz., jetzt 55 Proz., demnach eine Aufbesserung beim Anfangsgehalt jährlich von M. 322.50, beim Höchstgehalt M. 472.50.

Gruppe 13, Ortsklasse A.

Anfangsgehalt: M. 13 200.—, Ortszuschlag M. 5000.— = M. 18 200.—. Höchstgehalt: M. 20 000.—, Ortszuschlag M. 5000.— = M. 25 000.—. Bisheriger Zuschlag 50 Proz., jetzt 70 Proz., demnach eine Aufbesserung beim Anfangsgehalt von jährlich M. 3640.—, beim Endgehalt M. 5000.—.

Gruppe 13, Ortsklasse D.

Anfangsgehalt: M. 13 200.—, Ortszuschlag M. 2700.— = M. 15 900.—. Höchstgehalt: M. 20 000.—, Ortszuschlag M. 2700.— = M. 22 700.—. Bisheriger Zuschlag 50 Proz., jetzt 55 Proz., demnach eine Aufbesserung beim Anfangsgehalt von jährlich M. 795.—, beim Endgehalt von M. 1135.—.

Diese Zugeständnisse sind für beide Teile, Beamte sowie Arbeiter, vollständig ungenügend und für die ohnehin minimal entlohnten unteren und mittleren Beamten nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Ebenso verhält es sich mit den Zulagen von 10—15 Pfg. pro Stunde für Handwerker und Arbeiter. Auf dieser Grundlage zu einigen ist fast ausgeschlossen. Die Zugeständnisse bringen den Gesamtlohn bei weitem nicht an das Existenzminimum heran. Die Erregung unter den Eisenbahnern ist im Wachsen, und diese Einigungsvorschläge können nicht beruhigend wirken. Die bürgerliche Regierung soll sich nochmals überlegen, daß es ein ernstes Spiel mit dem Feuer ist, wenn den berechtigten Forderungen der Beamten- und Arbeiterschaft nicht im weitgehendsten Maße Rechnung getragen wird.

Die Autonomiebestrebungen in Indien. Aus Nagpeur in Indien wird dem „Temps" unterm 1. Januar berichtet, daß der indische Nationalismus fast einstimmig eine Resolution angenommen habe, welche sich für die Erlangung einer autonomischen indischen Regierung einsetzt.

Verteidigung der 2. Internationale

Nach einer Amsterdamer Meldung der „Telunion" hat der von der britischen Arbeiterpartei auf Veranlassung des im Juli 1920 in Genf abgehaltenen Kongresses eingesetzte Unterausschuß für den Wiederaufbau der Internationale an die sozialistischen und kommunistischen Parteien der Welt ein Schreiben gerichtet, in dem die zweite Internationale entschieden verteidigt wird. Es wird der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß durch das Fehlen einer einigen Internationale viele guten Gelegenheiten zum Eingreifen ungenutzt vorübergehen. Der Brief fordert alle Parteien auf, jede Zersplitterung zu vermeiden. Er bittet die einzelnen Gruppen um Mitteilung ihrer Ansichten. Der Ausschuß wird alsdann erwägen, wie er am besten die ihm vom Kongreß zugeteilten Aufgaben erfüllen kann.

Diese Anschauungen sind durch die Geschichte der 2. Internationale widerlegt. In den historisch entscheidenden Jahren hat sie sich aktionsunfähig erwiesen und, was sich während des Krieges gezeigt hat, hat ihr Verhalten und das der meisten ihr angehörigen Parteien während der Revolution bekräftigt.

Neukonstituierung der französischen Partei

Die französische sozialistische Partei, die sich nach der Abspaltung der Kommunisten zu einer eigenen Organisation konstituiert hat, und welche die Anhänger der 2. Internationale unter Führung von Leon Blum und der bedingten Anhänger der 3. Internationale unter Führung Longuets umfassen, wählten zu ihrem Generalsekretär Paul Faure, zum stellvertretenden Sekretär Rougier und zum Schatzmeister Grandvallei. Für den 13. Februar wird ein allgemeiner Kongreß der Partei einberufen, die auch auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Wien, der am 22. Februar beginnt, vertreten sein wird.

•

Die französische kommunistische Partei hat bei den Wahlen für ihre Leitung Rodin zum Generalsekretär ernannt. Frossard und Loriot wurden zu Sekretären gewählt. Marcel Cachin bleibt als Leiter der „Humanité" tätig. Im „Echo de Paris" wird die Frage aufgeworfen, welcher der beiden nach dem Kongreß in Tours entsandten sozialistischen Parteigruppen die „Humanité" als Eigentum zufallen werde. Man erachtet es als wahrscheinlich, daß die Generalversammlung der Aktionäre für die Beibehaltung der bisherigen Leitung sich aussprechen wird, so daß die „Humanité" das Parteiblatt der neugegründeten Mehrheitspartei bleiben wird.

England und Irland

De Valera wieder in Maud

Es bestätigt sich, daß der Sinnfeinerführer De Valera, der seinerzeit nach Amerika floh und dort mit großem Erfolg für die irische Sache geworben hat, wieder in Irland weilt. Wie das „Hollandsch Nieuwsbureau" aus London meldet, stellt sich jetzt heraus, daß die Ankunft De Valeras in Irland der englischen Regierung nicht unbekannt war. Sie will ihm auch völlige Freiheit lassen in Uebereinstimmung mit dem von Lloyd George vor einigen Wochen gegebenen Versprechen. Man hält es für wahrscheinlich, daß das irische Parlament dieser Tage zusammentritt und eine Delegation ernennt, um eine friedliche Lösung der irischen Frage mit der englischen Regierung zu beraten.

Die Verhandlungen, die bereits zwischen Regierungsbeamten und Vertretern der Sinnfeiner geführt worden sind, haben den Weg für einen Vergleich geebnet, und man glaubt nicht, daß De Valeras Ankunft in Irland dessen Versuche ungünstig beeinflussen wird. Die englische Regierung dagegen scheint bereit zu sein, einiges Entgegenkommen zu zeigen und den Forderungen der Sinnfeinführer einigermaßen gerecht zu werden. Die Forderung nach einer irischen Republik wird man aber fallen lassen müssen. Die englische Regierung glaubt, daß das Homerulegesetz den Iren genügende Entwicklungsmöglichkeiten für ihre Nationalität gibt.

Lloyd George verhandelt mit De Valera

Wie „Evening Standard" mitteilt, habe man in der Downing Street erklärt, Lloyd George sei bereit, direkt mit De Valera zu verhandeln, wenn er den Beweis erbringe, daß er die Mehrheit des irischen Volkes hinter sich habe und für sie sprechen könne.

Geschichten vom Richter Smidt

In unseren Tagen des verschärften Klassenkampfes ist die Justiz zu einer reinen Klassenjustiz geworden, die im Dienste der Diktatur der Bourgeoisie einsperrt und freispricht. Da ist es vielleicht reizvoll, von patriarchalischen Richtern zu hören, die auf dem Boden kleinbürgerlicher Verhältnisse nach ihrem gesunden Menschenverstande urteilten und in vielen Ländern und Städten zu finden waren. Von einem originellen Richtertyp dieser Art plaudert in anziehender Weise ein Mitarbeiter des „Inselschiffs", dem wir die folgende Skizze entnehmen.

In einer unsrer alten Hansestädte lebte in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ein Richter namens Smidt. Er war wohl der volkstümlichste Mann der Stadt, nicht nur weil er seit unvordenklichen Zeiten seines damals in jener Stadt mehr als anderswo durch Machtfülle verklärten Amtes waltete, sondern vor allem weil er das Herz auf dem rechten Fleck trug und, was nicht gerade war, krumm nannte, weil er als Richter lieber seinen gesunden Menschenverstand zu Rate zog als die papiernen Paragraphen, den Vergleich mehr liebte als das Urteil und die trockenen Verhandlungen gern durch einen guten Witz würzte; denn er hatte von Haus aus Humor, und, was noch seltener ist, er duldete ihn bei andern.

Ueber diesen guten Richter nun waren schon zu Lebzeiten viele heitere Geschichten und Anekdoten im Schwange, und nach seinem Tode häufte das Volk, wie es auch sonst zu tun pflegt, auch fremden Witz und Humor auf ihn, so daß sich endlich ein ganzer Geschichtenkreis um seine Gestalt bildete. Einige von diesen Döntjes — wie man derlei an der Wasserkante nennt — wollen wir hier aufzeichnen, wie wir sie in unserer Jugend gehört haben, ohne dafür einzustehn, daß sie alle wirklich vom Richter Smidt herstammen.

•

Ein altes Fischweib war von Richter Smidt verurteilt worden, weil es einige Nachbarinnen mit höchst unflätigen Worten beschimpft hatte. Das tun die Fischweiber heute noch gern, wie man sich leicht überzeugen kann, wenn man in jener alten Hansestadt über den Fischmarkt geht. Aber das Fischweib hatte sich, was ja gleichfalls heute noch vorkommt, aufs Leugnen gelegt und setzte ihren Protest auf dem Flur vor dem Verhandlungszimmer kreischend fort: „Ick lot mi dat nich gefallen, ick will min Recht hebben, min Recht will ick hebben!" Plötzlich wurde die Tür aufgerissen, und Richter Smidt steckte seinen Kopf in die Spalte: „Wat willt Sä hebben? Mehr Recht willt Sä hebben? Von Recht kann hier gor keene Rede sin!" Und die Tür flog wieder zu.

Bei Richter Smidt erschien eine alte Frau: „Herr Richter, min Söhn de deit nich god, könnt Sä em nicht in't Hartmannshus (so hieß die Besserungsanstalt der Stadt) stecken?" — „Wat haav he denn mokt?" fragte Richter Smidt. — „Mokt?" — „Dscho, ick meen, har he stohlen?" — „Stohlen? Min Söhn stehlen? Ne, Herr Richter!" — „Denn kann ick em nich bruken," sagte Richter Smidt, „stohlen mutt he hebben!"

•

Ein Mann hatte nach kurzem Wortwechsel einem andern eine Ohrfeige gegeben und stehenden Fußes eine ebensolche wiederbekommen. Aber der zuerst Geschlagene begnügte sich nicht mit dieser Vergeltung, sondern verklagte den Feind vor Gericht. Richter Smidt sah, daß bei der Sache nichts herauskam, und ging auf den Vergleich zu, denn bestraft müßten sie sonst beide werden, sagte er. Aber der Kläger machte geltend, daß er in der Notwehr gehandelt habe und daß der, welcher angefangen, jedenfalls schwerer bestraft werden müßte, und das sei ihm genug. Als kein Zureden half, sagte der Richter Smidt: „Min Jung, du büst doch 'n Christ?" — „Dscho, Herr Richter." — „Un du lest doch in de Bibel?" — „Dscho, Herr Richter." — „Un dor steit doch schrewen, so dir einer einen Streich auf die linke Backe gibt, dem reiche auch die rechte dar. Du mußt doch dohn, wat in de Bibel steit!" Der Kläger geriet bei diesem Argument endlich ins Schwanken, und den Augenblick pflegte Richter Smidt zu nutzen: ehe sich's der Mann versah, hatte er schon seinen Namen unter den Vergleich gesetzt. Aber zufrieden war er über den Ausgang nicht und kraute sich am Kopf. Da klopfte Richter Smidt ihm auf die Schulter: „Min Jung, wenn di wedder mol eener wat deiht, denn hau em man wisse; wat doröwer in de Bibel steit, is all dumm Tüg."

•

Ein Mann hatte einem Nachbarn, mit dem er in Feindschaft lag, einen Schabernack spielen wollen. Als er spät abends heimkehrte, schlich er sich auf die vor dem Hause des Nachbarn gelegene Veranda und verrichtete dort nachdrücklichst seines Leibes Notdurft. Aber der Nachbar und seine Frau hatten das schändliche Tun durch eine Spalte des Fensterladens beobachtet; sie holten einen Nachtwächter, stellten das Geschehene fest und verklagten den Missetäter. Die Sache kam vor Richter Smidt. Er ließ sich den Fall genau auseinandersetzen, schmunzelte innerlich ein wenig und sagte: „Worum hebbt Ji denn dat Ding nich eenfach wegnomen, denn wär't doch in Ordnung?" — „Dscho, Herr Richter," sagte der Kläger, „dat wull ick ok, ober dor seggt min Fru to mi, nä, seggt min Fru, dat blimt dor liggen, dat is'n Freten for Richter Smidt!"

Es gibt noch viele Geschichten vom Richter Smidt. Seine letzten Worte wollen wir zum Schluß noch aufzeichnen.

Richter Smidt gehörte zu den Vätern der alten Schule, die an ihren Söhnen, auch wenn die selbst schon weiße Bärte haben, immer etwas aussetzen müssen: Laß das doch! Muscha nich! Laß dich da nicht auf ein! Du verlierst da noch dein Geld bei usw. Als nun Richter Smidt zum Sterben kam und, von all seinen Kindern und Kindeskindern umgeben, dalag, überschaute er im Geiste noch einmal sein langes Leben und sagte dankbar: „Nu ward dat dscho woll Tid! Ick hebb min Deel von haart!" Dann tat er einen tiefen Seufzer und fiel zurück. Sein ältester Sohn, der in letzter Zeit sich vom Vater ein wenig ferngehalten, da er des ewigen Zurechtgewiesenwerdens in seinem Alter satt war, beugte sich liebevoll über den Vater, um zu sehen, ob er vollendet habe. Aber da kam es mit letzter Kraft heraus: „Uemmer so nigierig, ümmer so nigierig!" Dann starb Richter Smidt.

Das Verbot des „Reigen" aufgehoben

Das Urteil im Prozeß des Kultusministeriums gegen die Direktion Eysoldt wurde heute gesprochen. Die einstweilige Verfügung ist aufgehoben, der „Reigen" freigegeben worden. Wir kommen auf den Fall noch zurück.

Der Kampf gegen Toller. Die bayerische Regierung hat nunmehr nicht nur die öffentlichen, sondern auch die geschlossenen Aufführungen von Tollers Drama „Masse Mensch" verboten, die die Nürnberger Gewerkschaften veranstalten wollten. Das beweist, daß die bayerischen Regierungen auch die letzten Reste bürgerlicher Freiheit, die schon vor dem Kriege unantastbar waren, beseitigt hat. Toller wird durch den Schutzverband Deutscher Schriftsteller (Gewerkschaft Deutscher Schriftsteller) den Kampf gegen diesen Gesetzes- und Verfassungsbruch aufnehmen lassen.

Eine epische Dichtung von Hauptmann. Der große Traum heißt ein episches Werk in Terzinen, an dem Gerhart Hauptmann seit Jahren arbeitet. Die Dichtung spiegelt in großen Visionen und Phantasien die kulturelle Entwicklung der Menschheit wieder. Einen Gesang des Werkes wird Gerhart Hauptmann am 8. Januar vorlesen.

Das Universitätsstudium der Volksschullehrer. Der preußische Unterrichtsminister teilt mit, daß die Verordnung vom 19. September 1919 betr. Zulassung von Volksschul- (Mittelschul-) Lehrern und -Lehrerinnen zum Universitätsstudium nur für das Studium preußischer Lehrer und Lehrerinnen an preußischen

Sonntag vorm. 10 Uhr große Protestkundgebung der Eisenbahner im Lustgarten

Deutscher Eisenbahner-Verband Groß-Berlin

Der europäische Brandstifter

Wilhelm II. als Kriegstreiber

Immer mehr lichtet sich das Dunkel, in der die Vorgeschichte des Weltkrieges gehüllt war, immer deutlicher tritt zutage, daß die imperialistischen Zetteleien der internationalen Diplomatie untrennbar mit der Katastrophe vom August 1914 verknüpft sind. Insbesondere wird die Rolle der von Wilhelm II. kommandierten deutschen Diplomatie, die in den Jahrzehnten vor dem Weltkriege überall die Rolle des Brandstifters spielte, immer deutlicher erkennbar.

Einen interessanten Beitrag zu diesem Kapitel liefern die gegenwärtig in der „Vossischen Zeitung" zum Abdruck gelangenden Memoiren des Grafen Witte, der bekanntlich lange Zeit leitender Minister Nikolaus II. war. Witte berichtet über den Besuch Wilhelms II. Ende Juli 1897 in Petersburg, gibt Einzelheiten seiner Unterredungen mit dem deutschen Kaiser wieder, der Rußland für die Aufrichtung einer Zollmauer gegen Amerika gewinnen wollte, und fährt dann fort:

„Während dieses Aufenthaltes des deutschen Kaisers in Petershof fand ein Ereignis statt, das die weittragendsten Folgen für die weitere russische Geschichte hatte. Das wurde mir dann später vom Großfürsten Alexej Alexandrowitsch erzählt. Als beide Kaiser allein aufs Land fuhren, so erzählte unser Kaiser später dem Großfürsten, fragte der deutsche Kaiser, ob Rußland vom chinesischen Hafen Kiautschou irgendeinen Gebrauch machen könne. Er möchte nämlich diesen Hafen gern besetzen und ihn als eine Basis für die deutsche Schiffahrt benutzen, möchte aber diesen Schritt nicht ohne sein, Nikolaus', Einverständnis unternehmen. Kaiser Nikolaus sagte dem Großfürsten nicht, ob er sein Einverständnis erteilt habe, erzählte ihm nur, daß sein Gast ihn in eine sehr unangenehme Stellung brachte, und daß die ganze Geschichte ihm außerordentlich unangenehm war. Ich zweifle nicht daran, daß Kaiser Nikolaus, der außerordentlich wohlerzogen ist, es unmöglich fand, das Ersuchen seines Gastes glatt abzulehnen, und daß letzterer seine Haltung als eine indirekte Bestätigung und Zusage deutete. Bald nachher fuhren deutsche Kriegsschiffe in den Hafen von Kiautschou. Ich bemerkte nicht ohne Verwunderung, daß die Nachricht von dieser Besitznahme unserm damaligen Minister des Aeußern Grafen Murawjew nicht als eine vollkommene Ueberraschung vorkam. Die Besitznahme von Kiautschou war ein Signal für unsere Besitznahme von Port Arthur und Da-Lyan-Bang. Es war das erste Glied der Kette, die zum verhängnisvollen Japanischen Kriege führte.

Als ich erfuhr, daß trotz meines verzweifelten Widerstandes wir beschlossen hatten, diese beiden chinesischen Häfen zu besetzen, was eine flagrante Verletzung sowohl unserer Versprechen an China als unserer traditionellen Politik im fernen Osten war, ging ich direkt zum deutschen Gesandten Tschirschky und bat ihn, seinem Kaiser zu telegraphieren, daß ich im Interesse sowohl von Rußland als von Deutschland ernstlich befürworte, daß die Deutschen Kiautschou räumen sollen, wenn die Schuldigen bestraft worden sind und China eine Entschädigung gezahlt haben wird. Sonst würde dieser Schritt ganz fürchterliche Folgen haben können. Nach einigen Tagen brachte mir Tschirschky folgendes Telegramm des Kaisers:

„Sagen Sie Witte, daß, wie aus seinem Telegramm hervorgeht, einige sehr wesentliche Einzelheiten der fraglichen Angelegenheit ihm unbekannt sind. Ich kann daher seinem Rat nicht folgen."

Einige Zeit später gab Graf Murawjew mir zu, daß wir „unüberlegt unsere Zustimmung zum Schritt gegeben haben, den Deutschland unternommen hat".

Der Lauf der späteren Ereignisse überzeugte mich, daß es der Wunsch der deutschen Diplomatie und des deutschen Kaisers selbst war, uns, koste es, was es wolle, in Abenteuer im fernen Osten zu stürzen, so daß sie freie Hand in Europa bekommen. Es soll dabei erwähnt werden, daß Kaiser Wilhelm auch für den Burenkrieg teilweise verantwortlich ist. Er ermutigte den Präsidenten Krüger, indem er ihm ein außerordentlich demonstratives und provozierendes Telegramm schickte. Als der Krieg nun ausgebrochen war, zog er sich diskret in den Hintergrund. Auf diese Weise wurde die Transvaal-Republik zerstört und England für eine Zeitlang bedeutend geschwächt. Für diejenigen, die den extremen Nationalismus anbeten, ist Kaiser Wilhelm ein Musterideal eines hervorragenden Herrschers. Er schreckt vor nichts zurück, wenn es sich um das Wohl des Volkes und des Landes, das er beherrscht, handelt. (?!) Am Schluß der Manöver bei Reval, im Sommer 1902, bei denen beide Kaiser anwesend waren, nahm Kaiser Wilhelm Abschied mit folgenden Worten: „Der Admiral des Atlantischen Ozeans sendet seine Grüße dem Admiral des Stillen Ozeans," was in klarer Sprache ungefähr das heißen soll: „Ich versuche, die Atlantik zu beherrschen; was Dich anbetrifft, so rate ich Dir, zu versuchen, der Herr des Pazifik zu werden, und bin bereit, Dich in diesem Unternehmen zu unterstützen." In den Depeschen, die Kaiser Nikolaus an den Statthalter des fernen Ostens 1902 und im folgenden Jahr sandte, kommt wirklich offen der Wunsch zum Ausdruck, eine herrschende Stellung im Pazifik zu erlangen. Ich zweifle nicht daran, daß diese unselige Gedankenrichtung teilweise dem Einfluß Wilhelms auf unseren Kaiser zuzuschreiben ist."

Die hier wiedergegebenen Einzelheiten über die Unterhandlungen Wilhelms II. mit dem Zaren ergänzen in sehr wirkungsvoller Weise das Bild, das die auf Entfesselung kriegerischer Konflikte berichtete Tätigkeit des „Admirals des Atlantischen Ozeans" bietet. Wenn die Nationalisten und „Patrioten" aller Schattierungen noch heute über die „Einkreisung" Deutschlands durch die Entente zetern, so unterschlagen sie die Tatsache, daß Wilhelm II. durch seine größenwahnsinnige imperialistische Politik die Isolierung Deutschlands und damit seinen militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch selbst heraufbeschworen hat.

Die Reichsgründung

Schlichte und stille Schulfeier

Im preußischen Kultusministerium scheint es sehr naiv zuzugehen. Die Reichsregierung hat in einem Rundschreiben an die Landesregierungen „die Bitte" ausgesprochen, man möge veranlassen, daß am 18. Januar in den Schulen die Gründung des Reiches gefeiert werde.

Dieser Wunsch ist dem Unterrichtsminister in Preußen Befehl. Er ordnet an, daß der Tag „in allen Schulen würdig und eindrucksvoll durch eine dem Ernste der Zeit entsprechende schlichte und stille Feier" begangen werde.

Der Unterrichtsminister ist der Meinung, daß im deutschen Volke das „Bewußtsein seiner Einheit" — von Bismarcks Säbel — lebendig sei, und daß die Feier darum „aus dem Empfinden unseres gesamten Volkes heraus gestaltet" werden könne. Dann fährt der Erlaß fort:

„Jede Ausnutzung der Feier zu parteipolitischen Zwecken, insbesondere zur Verherrlichung der früheren Staatsform, ist daher unbedingt zu unterlassen. Angesichts unserer inneren und äußeren Lage spreche ich die bestimmte Erwartung aus, daß in diesem Sinne von allen beteiligten Stellen verfahren wird. Der Unterricht fällt an diesem Tage nicht aus."

Unter den preußischen Oberlehrern jener Kategorie, die sich als wichtigste Tragpfeiler der Hohenzollernherrlichkeit fühlten und noch immer fühlen, die, jetzt mehr denn je, in der Schule nur eine Pflegestätte altpreußischer Gesinnung sehen — und sie bilden die Mehrheit dieser Gattung von Zeitgenossen —, wird es ein schallendes Hohngelächter geben über diesen Unterrichtsminister, der ihnen zumutet, die Feier zu begehen ohne „Verherrlichung der früheren Staatsform", der aber niemals wagen wird, auch nur gegen einen dieser Gesellen vorzugehen, der etwa doch gegen diese Anordnung verstoßen sollte.

Aufstellung der preußischen Wählerlisten. Die Anordnungen für die sofortigen Vorbereitungen zur Aufstellung der Wählerlisten für die Landtagswahlen in Preußen sind nunmehr ergangen. Aufzunehmen sind in die Wählerlisten alle Wähler, welche bis zum 20. Februar d. Js. das 20. Lebensjahr vollendet haben.

Die preußischen Kasernen zu Wohnzwecken. Die Verkleinerung des deutschen Heeres von 800 000 auf 100 000 Mann hat die Heeresverwaltung veranlaßt, in 138 bisherigen Garnisonstädten 145 Kasernen und 200 andere Gebäude freizugeben und sie den Kommunen zur Linderung der Wohnungsnot anzubieten.

Groß-Berlin

Das Ortsgesetz für die Bezirksämter

Der am heutigen Nachmittag stattfindenden Stadtverordnetenversammlung liegt auch der Erlaß eines Ortsgesetzes über die Zusammensetzung der Bezirksämter und die Besoldung ihrer Mitglieder zur Beschlußfassung vor.

In seiner Begründung der Vorlage betont der Magistrat, daß bei der Festsetzung der Zahl der Mitglieder der Bezirksämter für die größeren und größten Bezirke davon auszugehen sei, der Zweckmäßigkeit und den Grundsätzen einer richtigen Finanzgebahrung entsprechend die Zahl der besoldeten Mitglieder so zu beschränken, wie es nach Lage der Sache irgend tunlich ist und, soweit das Bedürfnis es verlangt, die notwendige Zahl der Arbeitskräfte im Bezirksamt durch unbesoldete Mitglieder zu ergänzen. An Neukölln und Charlottenburg als den größten Bezirken lasse sich ermessen, wieviel besoldete und unbesoldete Stadträte zu wählen sein werden.

Neukölln habe mit Britz 13 besoldete und 18 unbesoldete Magistrats- bzw. Gemeindevorstandsmitglieder gehabt, Charlottenburg ohne die hinzukommenden Gutsbezirke 11 besoldete und 16 unbesoldete Magistratsmitglieder. Bei sachgemäßer Fortführung der Geschäfte müßten selbst bei der größten Einschränkung dem Verwaltungsbezirk 14 (Neukölln) 10 besoldete und 7 unbesoldete Mitglieder, dem Verwaltungsbezirk 7 (Charlottenburg) 8 besoldete und 7 unbesoldete Mitglieder zuerkannt worden. Sichere Schlüsse auf andere Bezirke würden aber trotzdem nicht gezogen werden können, weil die Mitarbeit der unbesoldeten Mitglieder in den früheren Einzelgemeinden verschiedenen Umfang gehabt haben.

Nach § 2 des Ortsgesetzes ist demnach für die einzelnen Verwaltungsbezirke folgende Besetzung vorgesehen:

Verwaltungsbezirk 14 10 besoldete, 7 unbesoldete,
Verwaltungsbezirk 7, 9 u. 11 8 besoldete, 7 unbesoldete,
Verwaltungsbezirk 1—6, 12 u. 17 7 besoldete, 6 unbesoldete,
Verwaltungsbezirk 8, 15, 19 u. 20 7 besoldete, 4 unbesoldete,
Verwaltungsbezirk 10, 13, 16 u. 18 5 besoldete, 4 unbesoldete.

An Gehalt sollen beziehen vom Tage des Dienstantritts ab die Bezirksbürgermeister 25 000 M. und 5000 M. Ortszulage (ohne Alterszulagen), deren Stellvertreter ein Gehalt von 22 000 M. und 5000 M. Ortszulage (ohne Alterszulagen) und die Bezirksstadträte ein Gehalt von 13 200 M. und 5000 M. Ortszulage bis 20 000 Mark Gehalt und 5000 M. Ortszulage mit zweijährigen Alterszulagen von zweimal 2400 M. und zweimal 1000 M. Hierzu treten der jeweilige Teuerungszuschlag und die Kinderbeihilfe nach den staatlichen Sätzen.

Dieser Entwurf dürfte von der Stadtverordnetenversammlung wohl sofort einem Ausschuß überwiesen werden, der dann das Gesetz einer späteren Versammlung zur endgültigen Beschlußfassung zuweist.

Neuregelung der Biersteuer

Der Steuerausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat am Mittwoch abend seine Beratungen unter dem Vorsitz des Stadtv. Bruns fortgesetzt. Die Verabschiedung der Wohnungsluxussteuer soll in zweiter Lesung am Sonnabend nachmittag stattfinden. Angenommen wurde die Magistratsvorlage über die einheitliche Regelung der Biersteuer in der neuen Stadtgemeinde Berlin. Von der Wirtschaftlichen Vereinigung wurde gegen diese vom Magistrat vorgeschlagene Erhöhung Opposition gemacht. Man ging davon aus, daß das Bier abermals in Berlin erheblich verteuert werde. Die Mehrheit des Ausschusses stimmte aber der Vorlage zu, da eine einheitliche Regelung für Groß-Berlin notwendig erscheint und die Befürchtung von der Verteuerung des Bieres vollständig unbegründet ist, da die Steuer dazu viel zu geringfügig ist. Einzelne Gemeinden erheben nämlich in Berlin bereits schon den vom Magistrat Berlin vorgeschlagenen Satz von 65 Pfg. pro Hektoliter, weshalb die Nichtausdehnung der Steuer auf das ganze Gebiet von Groß-Berlin oder gar ihre völlige Beseitigung nur einem Geschenk an die Brauereibesitzer gleichkommen würde.

Neue Anträge der Kommunisten

Die „Rote Fahne" kündigt neue Anträge der Kommunisten zur Arbeitslosenfrage für die heutige Sitzung der Stadtverordneten an. Man wird sich demnach auf ähnliche Szenen gefaßt machen müssen wie in der letzten Versammlung. Nach den Angaben der „Roten Fahne" richten sich diese Anträge gegen angebliche Verfügungen des Kämmerers Boeß auf Einstellung der Notstandsarbeiten. Die Unabhängige Fraktion hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie die engherzige und unsoziale Stellung des Kämmerers zu den Notstandsarbeiten für völlig verfehlt hält und sie mit aller Entschiedenheit bekämpft. Sie hat überdies den von uns in der heutigen Morgenausgabe veröffentlichten Antrag eingereicht, der überaus großzügig eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Arbeiten neu in Angriff zu nehmen wünscht, durch den Tausende von Arbeitslosen Beschäftigung finden würden.

Die Anträge der Kommunisten aber dienen nie diesem sachlichen Zweck, sondern lediglich einer ganz üblen Stimmungsmache. Wäre den Kommunisten an sachlicher Arbeit gelegen, so würden sie in erster Linie von der Möglichkeit Gebrauch machen, in den Deputationen für eine Rückgängigmachung der Anordnungen des Kämmerers zu sorgen. Das würde schneller und leichter zum Ziele führen. Aber an den Arbeiten in den Deputationen und Ausschüssen finden die Kommunisten keinen sehr großen Gefallen. Ihre Taktik, ungezählte Anträge einzubringen, die in der Stadtverordnetenversammlung einfach nicht erledigt werden können und nur wochenlang die Tagesordnung belasten, ist keine Hilfe für die Arbeitslosen, sondern nur eine Störung der Arbeiten der Stadtverordnetenversammlung, die endlich erledigt werden müssen, damit erst einmal der gesamte Verwaltungsaufbau der Einheitsgemeinde in Wirksamkeit treten kann. Daß das bisher nicht geschehen konnte, ist zum erheblichen Teil die Schuld der Kommunisten.

Die Belegung des nächtlichen Obdachs ist im Monat Dezember erheblich gestiegen. Es befanden sich im Obdach im Dezember 62 618 männliche und 3 953 weibliche Personen, zusammen 66 571. Die Belegung ist gegen das Vorjahr um mehr als das Dreifache

Universitäten gilt. Lehrer und Lehrerinnen aus anderen deutschen Ländern dürfen an preußischen Hochschulen nur dann immatrikuliert werden, wenn jene Staaten die Lehrer unter denselben Bedingungen wie Preußen gleichfalls zum Hochschulstudium zulassen und gegebenenfalls an den von ihnen unterhaltenen Hochschulen auch die preußischen Lehrer und Lehrerinnen als vollberechtigte Studierende. Soweit es sich um Angehörige von Ländern ohne Hochschulen handelt, kann eine Entscheidung über die Zulassung nur von Fall zu Fall getroffen werden.

Das Ende der englischen Landschaft. Das Bild der englischen Landschaft, das so oft von britischen Dichtern besungen und Malern gemalt wurde und auf das der Engländer so stolz war, hat sich in den letzten Jahren vollkommen geändert. Das, was man früher als die typische englische Landschaft bezeichnete, gibt es nicht mehr. Dies betont Arthur Mothersole in einem Londoner Blatt: „Die einzelnen Bäume, die die Felder und Wegraine umrahmten, sind niedergehauen, und ebenso sind die blühenden Hecken, die uns so sehr erfreuten, dem Erdboden gleichgemacht. Das Unterholz, das vielfach die Einförmigkeit der Rasen unterbrach, ist ausgerodet, weil Kohle teuer ist. Wo neue Baumpflanzungen angelegt waren, da werden jetzt meistens Eschen gewählt. Während man früher Eiche für unsere Flotte brauchte, verlangt man jetzt Esche für die Flugzeuge. Die Esche ist aber nicht so malerisch wie die Eiche und verändert das Landschaftsbild. In Ostengland verschwinden die Schafe mehr und mehr. Es wird immer schwieriger, für diese stimmungsvollen „Staffagen" unserer Landschaft im Winter Nahrung zu finden. Ein grimmiges Schlachten hat unter den zarten Lämmern aufgeräumt. An den Gräben und um die Felder herum findet man keine Blumen mehr. Der Bauer, der in unserer Zeit praktisch und betriebsam geworden ist, duldet solches „Unkraut" nicht mehr, weil es für das Wachstum des Kornes schädlich sein soll. Zum Zwecke der besseren Bewässerung sind die Flüsse und Gräben gesäubert worden, und die Fülle von Wasserpflanzen, die den Spiegel der Flüsse und Bäche mit einem romantischen Schleier verhüllte, ist verschwunden. Der Gutsbesitzer, der die Landwirtschaft als Wissenschaft betreibt, hat kein Gefühl für die alten liebvertrauten Werte unseres Landschaftsbildes. Zu welcher Jahreszeit man sie auch betrachten mag, unsere alte idyllische englische Landschaft ist dahin!"

Die Schilderung zeigt, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse das Landschaftsbild verändert haben. Die Landschaft wird nun wieder eine ganz neue Art Bilder und Gedichte schaffen — so daß hier ein hübscher Beitrag für die materialistische Geschichtsauffassung vorliegt. Denn die neue Kunst wird — wie immer — letzten Endes auf der neu entstandenen ökonomischen Grundlage fußen.

Ein Institut für physikalische Grundlagen der Medizin ist als erste Einrichtung dieser Art in Frankfurt a. M. gegründet worden. Zugleich wurde eine Professur für dieses bisher auf deutschen Universitäten noch nicht vertretene Fach geschaffen. Wie Prof. Dr. Friedrich Dessauer in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" ausführt, wird damit den Medizinern eine bisher nicht vorhandene Gelegenheit geboten, ihr physikalisches Wissen zu vertiefen und ihr physikalisch-technisches Können zu vermehren. Aber auch für Physiker und Ingenieure ist die Zusammenarbeit in diesem Institut von Wichtigkeit, denn nur auf diese Weise können die Kenntnisse und Studien über die großen, der Medizin dienenden physikalischen Entdeckungen, die Röntgenstrahlen, die Lichtstrahlen verschiedener Wellenmengen, die Elektrizität und Radioaktivität, vertieft werden.

Warum die Preise steigen. Zum Kaufmann kommt eine alte Dame — so lesen wir in einem Geschichtenbuch der napoleonischen Zeit — und bittet um drei Kerzen, das Stück zu 3 Pfennig wie gewöhnlich. Der Kaufmann aber erklärt ihr, daß infolge des Krieges der Preis der Kerze nun 5 Pfennig betrage, worauf die gute alte Frau in die Worte ausbricht: „Um Himmelswillen, führen sie denn Krieg bei Kerzenlicht?"

Tages-Notizen

Proletarische Feierstunden. Die nächste Veranstaltung findet am Sonntag, den 16. Januar, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhause, Karlstraße, statt. Eintrittskarten zu 3 M. sind zu haben im Bureau der Verbands-Bildungskommission, in der Buchhandlung „Freiheit", Beuthstr. 8-9, in den Zeitungsspeditionen der „Freiheit" und bei den Partei- und Gewerkschaftsfunktionären.

Volkshochschule Groß-Berlin. Für die Teilnehmer der Reihe 18a: Dr. Buck setzt am 6. und 15. Jan. Kants „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten" fort.

Eine Wilhelm-Bölsche-Feier findet anläßlich des 60. Geburtstages von Bölsche Sonntag, 9. Jan., vorm. 11½ Uhr, im Neuen Volkstheater statt. Festrede: Prof. Heck, Direktor des Zoologischen Gartens. Ferner wirken mit: der Berliner Lehrergesangverein, Kammermusikvereinigung des Blüthner-Orchesters und Rose Liechtenstein.

Theater. Spielplanänderung. Neues Volkstheater: 7., 8. Jan. Perikles von Tyrus mit Paul Wildt.

Vortragsabende: Am 9. Jan., vormittags 11 Uhr, findet die 3. Mittagsveranstaltung im Städtischen Schauspielhause „Anglo-Amerikaner" statt. Vortrag: Paul Wiegler. Hierauf Vorlesungen aus Poe, Poe, Ruskin, Thackeray, Dickens, Swinburne, Wilde und Whitman. — Vier Stefan George-Abende veranstaltet Theodor Stieler-hofer in der Sezession. Er liest am 10., 18., 25. Jan. und 1. Febr. abends 8 Uhr, die Dantebübertragung, Teppich des Lebens, Siebenter Ring, Stern des Bundes. — Twardowski liest am 11. Jan. Sezession, 8 Uhr, Novellen des Todes. (Frank, Heym.)

Kunst. Der Bund für Schul-Kunstausstellungen veranstaltet am 19. Jan. unter Teilnahme der Behörden eine neue Ausstellung in einer Berliner Schule. — Unter dem Titel „Bauwandlung" hat sich in Darmstadt ein Kreis von Architekten aus ganz Deutschland zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Sie bereitet eine Architektur-Ausstellung Darmstadt 1921 vor, um ein zusammenfassendes Bild der neuen Bauform zu geben.

Kleine Mitteilungen. Elsa Lasker-Schülers Schauspiel „Die Wupper", das im Deutschen Theater, Berlin, mit großem Erfolge aufgeführt wurde, gelangt im Januar im Albert-Theater, Dresden, zur Aufführung. — In Berlin ist ein neuer russischer Verlag „Skythen" (Eisenacher Str. 10) gegründet worden, dessen Werke russisch, deutsch und französisch erscheinen werden. Politisch steht er ungefähr auf der Linie der linken Sozialrevolutionäre.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

gestiegen. Die höchste Besuchsziffer war der 21. Dezember mit 2336 Personen.

Säuglingspflege. Im Kinderhaus findet wieder Unterricht in Säuglingspflege statt mit praktischen Uebungen wöchentlich einmal. Meldungen mündlich von Montag bis Freitag von 10 bis 1 Uhr oder schriftlich im Kinderhaus, Blumenstraße 97.

Schulstreik in Moabit. Der Streik an der 82./30. Gemeindeschule um Räumung derselben von der Erwerbslosenfürsorge geht auf Grund eines in überfüllter Elternversammlung am 3. Januar in der Aula Wildenowstr. 20 erneut gefaßten Beschlusses in verschärfter Form weiter. Der Grund hierzu lag in einem Schreiben des Prov.-Schulkollegiums an die Beiräte auf.

Wer ist der Knabe? Aus der Havel gelandet wurde die Leiche eines 4 bis 5 Jahre alten Knaben, dessen Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte. Sie wurde nach der Halle in Charlottenburg gebracht. Der kleine Tote ist 80 Zentimeter groß und hat blondgelocktes Haar. Er trug sehr gute Kleidung: einen graumollenen Sweater mit drei weißen Knöpfen, einen schwarzen Mantel mit Plüschkragen, einen graugelben Schal und schwarze Schuhe mit Ueberzuggamaschen. Vielleicht liegt dem Fund, die noch nicht bekannte Tragödie einer Mutter zugrunde, die mit ihrem Kinde ins Wasser gegangen sein mag.

Totgefahren. Die sechsjährige Hertha Strehlke wurde gestern vor dem Hause Exerzierstraße 2a von einem Lastkraftwagen überfahren und schwer verletzt. Man brachte das Kind nach dem Jüdischen Krankenhause, wo aber nur noch der Tod festgestellt werden konnte. Die Schuldfrage bedarf noch der Aufklärung.

Kein Leichenteil. Der Fund eines vermeintlichen Leichenteiles beschäftigte seit gestern die Kriminalpolizei. Frühmorgens sahen Beamte der Schutzpolizei auf einem Rundgang durch den Tiergarten in der Nähe des Großen Weges in einem Gebüsch an der Brückenallee ein Paket liegen. Es enthielt Fleisch, und man vermutete nun, daß es sich wieder um einen Leichenteil handelt, der vielleicht mit dem Knochenfund bei Nikolassee in Zusammenhang steht. Die Untersuchung des Fundes durch die Gerichtsärzte hat jedoch ergeben, daß man es mit Tierfleisch zu tun hat.

Auf frischer Tat ergriffen wurden in der vergangenen Nacht der 24jährige Theodor Barke und der 28 Jahre alte Franz Zlobinski in der Strausberger Straße, als sie — mit schweren Säcken beladen — einer Streife der Schutzpolizei begegneten. Sie führten für etwa 3000 M. gestohlenes Gut bei sich.

Ueberraschte Glücksspieler. In dem Lokal von Zuglatz, Wilhelmstraße 67, wurden drei Personen beim Glücksspiel überrascht, von denen eine, da sie sich nicht legitimieren konnte, zur Wache mußte. 523 Mark bares Geld und Spielgerät wurden beschlagnahmt. Ebenfalls drei Personen wurden in dem Lokal von Marta Schultz, Lothringer Straße 82, bei verbotenem Spiel ertappt. Hier fielen den Beamten der Schutzpolizei 682 Mark in die Hände. Acht Personen traf man in dem Lokal der Frau Meyer, Speyerer Straße 21, beim Glücksspiel an.

Verwaltungsbezirk 6 (Hall. Tor). Freitag, 6 Uhr, Bezirksverordnetensitzung. Die Sitzung ist öffentlich, jeder Parteigenosse hat das Recht, zuzuhören.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Freitag. Mild und ziemlich aufklarend, jedoch überwiegend trübe und etwas neblig, mit leichten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden.

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

Protokoll

des außerordentlichen Parteitages der U.S.P.D. in Halle 1920

Preis 30.— Mk. / Für die Organisationen 18.— Mk.

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C2, Breite Str. 8-9.

Gewerkschaftliches

Wandlungen im Werkmeister-Verband

Aus Afakreisen wird uns geschrieben:

Im Afa-Bund hat sich seit einigen Monaten eine Opposition gebildet, die gegen seine freigewerkschaftliche Betätigung ankämpft und vom Hauptvorstand des Deutschen Werkmeister-Verbandes gebildet wird. Die Mitgliedschaften des Deutschen Werkmeister-Verbandes hatten ihre Leitung nach Ausbruch der Revolution dazu gedrängt, in den Afa-Bund einzutreten. Doch schon gelegentlich der Abwehr gegen den Kapp-Putsch zeigten diese starke Neigung, bei passender Gelegenheit wieder in das Lager der bürgerlichen Angestelltenbewegung überzugehen.

Mit dem Einsetzen der Wahlen zum Reichstag hat sich die Lage zwischen dem Werkmeister-Verband und der Afa-Leitung verschärft. Der Vorsitzende des Werkmeister-Verbandes kandidierte für die Deutschdemokratische Partei und versuchte seitdem eine Reform des Afa-Programms herbeizuführen. Diese Richtungskämpfe traten Anfang November auf einer großen Vorständekonferenz besonders deutlich in die Erscheinung.

Inzwischen hat der Werkmeister-Verband eine eigene Vorlage für das künftige Afa-Programm herausgebracht, von deren unveränderter Annahme er seine weitere Zugehörigkeit zum Afa-Bund abhängig machen will.

Vor allem aber steht der Düsseldorfer Werkmeistervorstand in dem Bekenntnis des Afa-Bundes zum Internationalen Gewerkschaftsbund, Sitz Amsterdam, eine Verletzung der parteipolitischen Neutralität. Die übrigen Afa-Verbände stehen indes auf dem Standpunkt, daß jede freie Gewerkschaft mit der Zugehörigkeit zum Internationalen Gewerkschaftsbund steht und fällt.

Falls der Werkmeister-Verband angesichts dieser Situation seinen Austritt aus dem Afa-Bund vollziehen sollte, so ist damit zu rechnen, daß ein großer Teil seiner Mitgliedschaften und Bezirksvereine dieser Parole nicht folgen, sondern die Einberufung eines Verbandstages verlangen würde. Seitens der Bezirksvereine liegen beim Afa-Vorstand Anträge vor, ihnen für den Fall eines formalen Austrittsbeschlusses durch den Düsseldorfer Vorstand das weitere Verbleiben in den Afa-Ortskartellen bis zum Verbandstag zu ermöglichen.

Die Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten veranstaltet am Sonntag, den 9. Januar, abends 7 Uhr, in der Aula, Weinmeisterstr. 15, einen Unterhaltungsabend mit Lichtbildern über das Thema: „Unsere schöne Heimat" (Gesang, Rezitationen, Vortrag). Eintritt 99 Pfennige.

Ein vornehmer Arbeitgeber. Bei der Firma Cohrs u. Ammé, Berlin, Universitätsstraße 2—3a, bestehen Streitigkeiten zwischen dem Personal und obengenannter Firma betreffs Durchführung des in der Speditionsbranche allgemein verbindlichen Tarifvertrages. In einem Schlichtungsverfahren wurde die Firma Cohrs u. Ammé verurteilt, den Angestellten die zu wenig gezahlten Gehälter nachzuzahlen. Seit dieser Zeit fühlt sich der hiesige Leiter, ein Prokurist Herr Huffils, bemüßigt, die bei uns organisierten Kollegen in der unanständigsten Weise zu schikanieren. Redensarten wie: „Ich werde Sie schon treten, daß Sie am Leben verzagen" oder „Sie sind eine ganz gemeine Person" sind an der Tagesordnung. Dieser Herr scheint der Ansicht zu sein, daß der Kasernenhofton auch eine Umgangsform für hochgebildete kaufmännische Angestellte ist. — Die Organisation warnt ihre Kollegen aus der Speditionsbranche sich bei obiger Firma anstellen zu lassen.

Buchbindereiarbeiter und -arbeiterinnen! Die beiden Firmen, Greve, Ritterstraße 50, Deutsches Druck- und Verlagshaus, Lindenstraße 26, sind wegen Differenzen für Verbandsmitglieder gesperrt. Arbeitsaufnahme in den obigen Betrieben käme daher einem Streikbruch gleich.
Buchbinderverband.

Aus den Organisationen

1. Distrikt. Generalversammlung am Freitag 7 Uhr bei Fleischmann, Stubenstraße 110. Ref. Gen. H. Weise: Die Landtagswahl.

4. Distrikt. Freitag, 7. Jan., abends 7 Uhr, in der Schulaula, Manteuffelstraße 7, Generalversammlung. Tagesordnung: Die bevorstehende Landtagswahl (Ref.: Gen. Ziegler): Aufstellung der Kandidaten. Mitgliedsbuch legitimiert.

8. Distrikt. Generalversammlung am Freitag 7 Uhr in der „Viehhofsbörse". Tagesordnung: Die Landtagswahlen und Aufstellung der Kandidaten. Referent: Gen. Wielis. Mitgliedsbuch legitimiert.

10. Distrikt. Freitag 7 Uhr Mitgliederversammlung in Büttners Festsäle, Schwedter Str. 23. 1. Die preußischen Landtagswahlen; Ref. Gen. Dr. Weyl. 2. Aufstellung der Kandidaten.

11. Distrikt, 5. Abt. Freitag abend 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Klatt, Bernauer Str. 14. Mitgliedsbuch legitimiert.

11. Distrikt. Im gesamten Distrikt findet am Freitag abend 7 Uhr ein Extrazahlabend statt. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Parteigenossen in ihren Zahlabendlokalen unbedingt notwendig.

13. Distrikt, 3. Abt. Freitag abend 7½ Uhr Funktionärkonferenz bei Franke, Swinemünder Str. 30.

14., 15. Distrikt und Charlottenburg. Bildungskommission. Heute abend 7 Uhr Sitzung bei Kaiser, Gotzkowskystr. 34.

14. Distrikt. Freitag abend 7 Uhr Sitzung der Kinderschutz- und Frauenarbeitskommission bei Kaiser, Gotzkowskystr. 34.

15. Distrikt. Freitag abend 7 Uhr in der Schulaula Siemensstraße Distriktsgeneralversammlung. Tagesordnung: Aufstellung von Kandidaten zum Landtag.

Lichtenberg. Freitag, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung bei W. Günther, Tasdorferstr. 30.

Lichtenberg, 1. Viertel. Die Sitzung der Funktionäre muß umständehalber heute Donnerstag abend 7 Uhr bei Mehnke, Gürtelstr. 1, stattfinden.

Treptow-Baumschulenweg. Heute 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Gerhardt, Baumschulenstr. 6. Vortrag des Gen. Leib. Funktionärsitzung 6 Uhr bei Wegner.

Weißensee. Freitag 7 Uhr im Realgymnasium, Wälder-Promenade, Vortragsabend. Ref. Genossin Sinneder. Thema: Strafgesetzbuch und Gebärzwang. Genossen, sorgt für rege Beteiligung unter Frauen!

Steglitz. Sitzung der Agitationskommission Freitag ½7 Uhr bei Renk. Tagesordnung: Landtagswahl und Landagitation. Erscheinen aller notwendig.

Pankow. Frauenkommission. Freitag 7 Uhr Sitzung bei Jüttner, Gaillardstr. 25.

Pankow. Funktionärkonferenz Montag, 6 Uhr, im Rathaus, Zimmer 17.

Sektion Post und Telegraphie. Freitag abend 8 Uhr Funktionärversammlung bei Tamelest, Roßstraße 7.

U. S. P.-Lehrer. Sitzung am Freitag, 7. Januar, abends 6½ Uhr, im Reichstag, Obergeschoß, Zimmer 15a.

Vereinskalender

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Gewerbliche Angestellte der Reichsorganisationen. Am Freitag, 7. Januar, nachm. 5 Uhr, findet bei Feslare, Melchiorstr. 15, eine Vertrauensmänner-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches betr. Weihnachtsgratifikation; 2. Welche Maßnahmen haben wir zu ergreifen; 3. Stellungnahme zur Neuwahl der Branchenleitung.

Soz. Proletarierjugend, Gruppe Osten. Freitag 7½ Uhr Zusammenkunft in der Schule Petersburger Str. 4, Zimmer 6. Genossen von Frankfurter Vorstadt sind dazu eingeladen.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Todesanzeige.

Am 4. Januar, 7½ Uhr abends, entschlief im Hubertuskrankenhaus in Lichtenberg an den Folgen eines am 27. Dezember vorigen Jahres erlittenen Schlaganfalles, wozu am 3. Januar noch Lungenentzündung hinzutrat, der Hauptkassierer des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter

August Hapke

im 56. Lebensjahre. Die Organisation verliert in dem Verschiedenen einen gewissenhaften und pflichttreuen Angestellten und seine Mitarbeiter in der Hauptverwaltung einen lieben Freund und allseitig geschätzten und geehrten Kollegen. Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 8. Januar, nachmittags 1 Uhr im Krematorium, Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.

Der Verbandsvorstand des Verbandes der Brauerei- u. Mühlenarbeiter und verwandten Berufsgenossen.

U.S.P.D. Weißensee.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Montag, den 3. Januar der Genosse

Karl Salzmann

Gruppe 26, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Jan., nachm. 3 Uhr, auf dem Weißenseer Friedhof in der Falkenberger Straße statt.

Rege Beteiligung erwünscht. Der Vorstand.

U.S.P. Neukölln 17. Bezirk

An den Folgen seiner Kriegsverletzung verstarb unser Genosse

Karl Rack

Die Beerdigung findet am Freitag, d. 7. Januar, mittags 12 Uhr, vom Garnisonlazarett Potsdam, aus statt. Zug von hier fährt 10[55] vom Potsdamer Bahnhof.

Händler gesucht für den Vertrieb aktueller Broschüren Buchhandlung „Freiheit".

Botenfrauen

für sofort gesucht

Freiheit-Spedition

Dresdener Straße 24.

Stoffe

für Herren-Anzüge, Ulster, Paletots, Damen-Kostüme, Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark. Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten.

Koch & Seeland G. m. b. H.

Gegr. 1883. Gertraudtenstr. 19-21. Gegr. 1883.

Für einige Wochen

Volkswirtschaftler

zum Ausbilden von Betriebsräten (Metallarbeiter) in allen vorkommenden Fächern nach Provinzstadt gesucht (herrliche romantische Lage). Offerten unter Lu. 65 an die Geschäftsstelle der „Freiheit".

Botenfrauen

für folgende Touren

Brunnenstr. — Veteranenstr., Woldenberger Str. — Friedeberger Str., Kniprodestr., Werneuchener Str. und Neugarder Str. sucht Spedition Werner, Greifswalder Straße 29.

Botenfrauen

stellt sofort ein

Spedition Wutzky, Johannisstr. 9

Botenfrauen werden eingestellt Spedition Lachmann Stargarder Straße 13.

Spedition Mittag,

Brig. Chausseestraße 82,

stellt **Botenfrauen** ein.

Nicht in 6—8 Wochen

sondern in 3—5 Tagen werden sämtliche Militär- und Zivilgarderoben gefärbt. Trauersachen binnen 24 Stunden.

Schnellfärberei u. chemische Waschanstalt

Moab. 5242 **NORD-WEST.** Hansa 1075

(Gatz Gebrüder)

Fabrik und Expedition: Alt-Moabit 60.

2. Geschäft: Gotzkowskystr. 13. — 3. Geschäft: Schönhauser Allee 176. — 4. Geschäft: Wilmersdorf, Uhlandstr. 74. — 5. Geschäft: Charlottbg., Saarestr. 14 — 6. Gesch.: Steglitz, Mittelstr. 40.

Kapitän-Kautabak

wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen

C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22. Amt. 3881

E-Wo-Ge

Erste Wohnungs-Austausch-Ges. Alexanderstr. 38 Tel. Alex. 1683

Aeltestes u. nachweisl. erfolgreichstes Unternehmen dieser Art Deutschlands.

Filialen in allen Stadtteilen Gross-Berlins! Besondere Abtlg. für Nachw. möbl. Zimmer! Für Vermieter kostenlos.

E-Wo-Ge C 25, Alexanderstr. 38 I Fernspr. Alexander 1683 E-Wo-Ge

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsstelle Berlin C 2, Breitestr. 8-9

Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Gardinen, Gelegenheitskäufe, Herzig, Lottumstr. 4 II am Schönhauser Tor (kein Laden). Verkaufe folgende Waren zu außergewöhnlich billigen Preisen. Gardinen vom Stück, Meter 8.—, 12.—, 18.—, 20.— usw. abgepaßte Schalgardinen (einfachbreit) Fenster 30.—, an, dreiteilige Künstlergardinen 65.—, 75.—, 100.—, 125.— usw. bunte Madrasgardinen, Halbstores, Langstores, Bettdecken, beste Qualität zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Fahrtvergütung.

Künstlergardinen, zwei Fenster 90.—, Stores, Bettdecken verkauft Rose, Marsiliusstraße 16. IV.

Gardinen in jeder Breite, garantiert beste Qualitäten, Fenster 24, 35, 50 Mark und aufwärts. Hochelegante Künstlergardinen (weiß, bunt, creme), Fenster dreiteilig, 38, 55, 75 Mark und aufwärts. Halbstores, Langstores, Tüllbettdecken 58 an. Velourportieren, Gardinenstoffe äußerst billig. Brautleute erhalten passendes Geschenk. „Gelegenheitskäufe," Wigniger, Wichertstr. 71, I Treppe (kein Laden), am Ringbahnhof Schönhauser Allee. Fahrtvergütung.

Gardinen-Ausnahmetage! Der große Inventurverkauf im Gardinenhaus Zimet, Köpenicker Straße 101, 2. Etage (kein Laden), bringt Ihnen eine Fülle von Gelegenheitskäufen. Nur kurze Zeit können wir folgendes Angebot halten: Gardinenstoff, einfachbreit, 7.50, 10.50, 16.50, doppeltbreit 16.50, 21.50, 24.50, abgepaßte Gardinen, einfachbreit Fenster 35.—, 55.—, 75.—, Gardinen mit Querbehang 55.—, 75.—, 100.—, Künstlergardinen 150.—, 175.—, 225.—, bunte Madrasgardinen 165.—, 185.—, 225.—, Bettdecken 75.—, 100.—, 150.—, Stores 65.—. Trotz dieser billigen Preise erhält Vorzeiger dieses Inserats 5% Rabatt auf jeden Einkauf. Fahrverbindungen: Stadtbahn Jannowitzbrücke, Untergrundbahn Inselbrücke, Straßenbahn bis Brückenstr.—Neanderstr.

Kranzfüchse! Silberfüchse, Klaskafüchse, sowie alle Pelzarten sehr halbe Preise, äußerst billiger Gelegenheitseinkauf, keine Lombardware, Leihhaus Köpenicker Str. 124.

Winterulster, Jackettanzüge in den neuesten Farben und Fassons sowie alle Arten Kragröcke und Herrenpelze, Joppen, Hosen (keine Lombardwaren) kaufen Sie zu billigsten Preisen im Leihhaus Rosenberg, Rosenthaler Straße 14. (Man beachte genau die Hausnummer)

Winterpaletots u. Ulster von 100 Mk. an, Herrenanzüge aller Art, wenig getragen, verkauft sehr preiswert Schnapek, Skalitzer Str. 128, Nähe Kottbuser Tor. Hausnummer genau achten. Gesellschafts-Anzüge werden verliehen.

Möbel

Chaiselongues 200.— bis 575.—, Umbauplüschsofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 100.—. Walter, Stargarder Straße 18.

Möbel, gebraucht und neu, Stube und Küche, gut erhalten, 1800.—. Rehfeld, Badstraße 34. Hausnummer achten.

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, komplette Wohnungs-Einrichtungen, auch einzelne Möbelstücke, Büfetts, Schreibtische kauft Drimmer, Brunnenstraße 33 oder Elsasser Str. 37. Anruf Humboldt 709.

Schlafzimmer, Eiche, auch innen, Ankleideschrank 1,80, Waschkommode 1,10, mit echt Marmor, Stoffauflagen-Stühle, komplett 6450.—, Ruhebett 200, Sofa 500. Viele Gelegenheitskäufe. Hasemanns Möbelspeicher, Lothringer Straße 28.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Schlafzimmer, Eiche, nußb., weiß, 3450.—, Stube gebrauchte Küchen 575.—, prima Emaillelack. Zahlungserleichterung. Auktionsspeicher Badstraße 31.

Chaiselongues 135.— bis 600.—, Metallbetten 280.— bis 2000.—, weiße Schlafzimmer Meiche, Auguststr. 32a. Quergb.

Möbelkredit an jedermann bei kleiner An- und Abzahlung. Großes Lager in einzelnen Möbeln und farbigen Küchen. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Gustav Gürlich, Stralauer Platz 1-2, Ecke Fruchtstraße u. Schlesischer Bahnhof.

Kaufgesuche

Kokoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik Brunnenstraße 143.

Metalle kauft höchstzahlend, speziell Zinn. Weißlager Palm, Neukölln, Bergstr. 57.

Fahrräder

Fahrradgummi billiger! Riesenposten. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Werkzeuge u. Maschinen

Kaufe jeden Posten **Spiralbohrer** Schmirgelleinewand Müller, Neue Königstraße 31 Alexanderplatz

Spiralbohrer konische 225, kauft Werkzeughdlg. Mirbachstraße 71, v. III. rechts.

Spulendrähte, zweimal Seide kauft Heumüller, Dresdener Str. 106. Mpl. 138 57.

Dynamo und Spulendrähte kauft Elektrobureau Lange Straße 271 (Alexander 3939).

Elektrischer Einkauf, Draht, Kabel, Litzen, Motoren, Glühlampen, sowie alle Installationswaren. Einkaufszentrale Fennstraße 82 (Moabit 6034).

Verschiedenes

Leinenwäsche imprägniert Born, Reichenberger Straße 7.

Der Mord an Karl Liebknecht und Luxemburg (15. Jan. 1919). Zusammenfassende Darstellung des gesamten Untersuchungsmaterials. Mit Porträts der Ermordeten. Gegen Einsendung von 6 M. zu beziehen von der Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Elternbeiräte! Richtlinien für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt Kerlöw-Löwenstein, „Der Elternbeirat" (2,25 Mk.) Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Hasselbach, Neukölln, Niemetzstraße 10.

Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hilferding „Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen" lesen. Preis 1.— Mk. (Porto extra). Zu beziehen durch Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Wanderfreunde finden die schönsten Fahrten und Wanderungen in dem Buch von Paul John „Ueber See und Heide". Geschmackvoll gebund. 8.— Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Erwerbstätige Frauen! Verlangt den Aufruf von Luise Zietz, „Willst du arm und unfrei bleiben?" (30 Pfg.), gegen Einsendung von 40 Pfg. von der Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Briefwechsel zwischen Schiller und Lotte. Gut gebunden, 352 Seiten stark, nur 3.— Mark, Porto extra. Zu beziehen durch Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8-9.

Brockhaus-Konversationslexikon, 14. (letzte) Auflage in 17 Halblederbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9.

Der richtige Weg für Angebot u. Nachfrage

sind die **Kleinen Anzeigen** der **Freiheit.**

Wer die Wahrheit über Rußland erfahren will

lese das Buch von

Professor Dr. Carl Ballod: Sowjet-Rußland

Preis 5.— Mark / Gebunden 7.— Mark

Buchhandlung „Freiheit" Berlin C2, Breite Str. 8-9

sowie in allen „Freiheit"-Speditionen